

Stand: 09.04.2026 19:53:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6926

"Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim - Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6926 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7003 vom 05.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim – Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gedenkt des am 02. Juni 2024 bei einem Messerangriff in Mannheim im Einsatz für unser Land gestorbenen Polizisten.

Der Landtag solidarisiert sich mit seinen Angehörigen und allen Mitgliedern der Blaulichtfamilie, die im Einsatz verletzt oder getötet wurden, und spricht ihnen seine tiefste Wertschätzung und Anteilnahme aus.

Der Landtag bekräftigt seine uneingeschränkte Unterstützung für die Bayerische Polizei und unterstützt die Staatsregierung dabei, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Einsatz und die Sicherheit der Polizeibeamten zu gewährleisten – wie beispielsweise Schnittschutzschals gegen Messerattacken.

Der Landtag lehnt staatsfeindliche und linksextreme Äußerungen wie „Alle Polizisten sind Bastarde“ (ACAB) oder „Nicht jeder einzelne Polizist ist ein Schwein“ von Spitzenfunktionären der Grünen entschieden ab.

Der Landtag unterstützt die Staatsregierung dabei, Projekte von und für betroffene Einsatzveteranen zu fördern, wie A.T.E.K e. V., um deren berufliche, soziale und psychologische Betreuung zu fördern und ihre Verdienste zu würdigen.

Begründung:

Ein Jahr nach dem heimtückischen Mord an einem Polizisten in Mannheim, der sein Leben im Dienst für die Sicherheit unseres Landes gab, ist es unerlässlich, ein klares Zeichen der Solidarität zu setzen. Der Angriff auf ihn war ein Angriff auf die gesamte Blaulichtfamilie und die Werte unseres Staates. Der Landtag sollte sein Andenken ehren und allen Angehörigen von im Dienst verletzten oder getöteten Beamten sein Mitgefühl aussprechen. Polizeibeamte wie er setzen täglich ihr Leben für unsere Sicherheit ein, und wir dürfen ihre Opferbereitschaft niemals als selbstverständlich betrachten.

Die Bayerische Polizei verdient unsere volle Unterstützung. Angesichts wachsender Gefahren, sei es durch Messerattacken oder organisierte Kriminalität, ist es die Pflicht des Freistaates, die Beamten mit bester Ausrüstung, hervorragender Ausbildung und psychologischer Betreuung zu versorgen. Nur so können wir sicherstellen, dass sie ihren Dienst in größtmöglicher Sicherheit ausüben können.

Polizeifeindliche Äußerungen wie „ACAB“ („Alle Polizisten sind Bastarde“) oder weitere zynische Aussagen von grünen Spitzenpolitikern sind, fast genau ein Jahr nach diesem Mord, nicht nur respektlos, sondern steigern linke Gewaltbereitschaft. Die Grünen haben eine lange Tradition der Gewalt gegen Polizeibeamte. Bereits der ehemalige grüne

Bundesaußenminister Joschka Fischer war in den 1970er Jahren an gezielten Angriffen auf Polizisten beteiligt und verletzte Beamte schwer.

Diese militant-staatsfeindliche Haltung gegenüber der Polizei und dem Staat setzt sich bei den Grünen gegenwärtig fort. Solche Äußerungen und Handlungen sind mit dem demokratischen Rechtsstaat unvereinbar und müssen vom Landtag entschieden zurückgewiesen werden.

Einsatzveteranen, die oft immense persönliche Opfer erbracht haben, verdienen deshalb unsere Unterstützung. Viele leiden unter physischen und psychischen Folgen wie Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) oder Verletzungen. Vereine wie A.T.E.K e. V. leisten wertvolle Arbeit, um diesen Veteranen bei der beruflichen Neuorientierung, sozialen Integration und psychologischen Betreuung zu helfen. Die Finanzierung solcher Projekte, einschließlich Mitgliedsbeiträge, ist ein Ausdruck der Dankbarkeit für ihren Dienst und ein Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Bayerns. Der Freistaat zeigt damit seine Wertschätzung für ihre Selbstlosigkeit und ihren Einsatz für unsere Freiheit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/6926

**Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim –
Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Richard Graupner

Abg. Holger Dremel

Abg. Florian Siekmann

Abg. Jörg Baumann

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Christiane Feichtmeier

Staatsminister Joachim Herrmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim - Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft! (Drs. 19/6926)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Graupner für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 31. Mai jährte sich das Messerattentat von Mannheim. Der 25-jährige Afghane Sulaiman A. – abgelehnter Asylbewerber, seit zehn Jahren ausreisepflichtig – attackierte eine Veranstaltung der Bürgerbewegung Pax Europa mit einem 18 Zentimeter langen Jagdmesser. Dabei kam der junge Polizeihauptkommissar Rouven Laur ums Leben. Insgesamt wurden sechs Personen, einige schwer, verletzt.

Es muss an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, wem der Angriff eigentlich galt, nämlich dem bekannten Islamkritiker Michael Stürzenberger. Warum ist das wichtig? – Weil man in dem offiziellen Gedenken an den Anschlag zu seiner Person auffällig schweigt, in jenen Kreisen also, wo man ansonsten gern mit "Say-their-names"-Kampagnen die Opfer – tatsächlicher oder vermeintlicher – rechtsextremistischer Gewalt instrumentalisiert. Falscher Täter, falsches Opfer? Dann sagt man lieber nichts. Diese Doppelmoral ist unerträglich und nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der AfD)

Man muss nicht alle Positionen von Stürzenberger teilen. Aber klar ist: Der Täter von Mannheim handelte aus islamistischer Motivation heraus. Er hielt es für seine religiöse Pflicht, Stürzenberger zu ermorden. So sagte er selbst vor Gericht. Er bestätigte also

mit seiner Bluttat die dringende Notwendigkeit, dem Islamismus rigoros Einhalt zu gebieten.

Rouven Laur starb bei dem Versuch, Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer, aber letztlich auch deren demokratisches Recht auf Versammlungsfreiheit zu schützen. Er steht damit stellvertretend für alle Polizeibeamten in Deutschland, die täglich zuverlässig ihren Dienst tun.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb haben sie höchste gesellschaftliche Wertschätzung und politischen Rückhalt verdient – für ihren harten, unermüdlichen und oft gefährlichen Einsatz. Und: Sie haben die bestmögliche Ausbildung und Ausstattung verdient; denn die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt seit Jahren stetig zu. Gerade auch vor dem Hintergrund der dramatisch ansteigenden Messerkriminalität hat die AfD-Fraktion schon mehrfach die Anschaffung entsprechender Schutzausrüstung, also von Stichschutzwesten oder stichsicheren Schals, gefordert. Wir stoßen damit bei den Altparteienfraktionen bislang leider auf taube Ohren und hoffen auf eine Änderung. Das ist nämlich ein verheerendes Signal an die Beamten draußen im Dienst.

Dennoch: Trotz bester Ausrüstung und Ausbildung bleibt der Beruf des Polizeibeamten gefährlich. Manchmal ist er leider auch lebensgefährlich. Deshalb ist es gut, dass es Initiativen wie A.T.E.K gibt. Das ist der Verein für Angehörige von traumatisierten Einsatzveteranen und Einsatzkräften. Sie leisten wertvolle Nachsorge für Soldaten, Veteranen und Beamte – und deren Familien –, die im Dienst verunglückt, verstorben oder traumatisiert worden sind. Unsere Fraktion fordert die Staatsregierung auf, entsprechende Initiativen großzügig zu fördern.

Was unsere Beamten hingegen als Allerletztes brauchen, sind Hass und Hetze durch grüne politische Irrlichter.

(Beifall bei der AfD)

Das ostentative Zurschaustellen ihres "All Cops Are Bastards"-Pullovers durch Jette Nietzard, die Bundessprecherin der Grünen Jugend, ist nicht nur jüngstes, sondern aufgrund der zeitlichen Nähe zum Jahrestag des Mannheim-Attentats auch ein besonders widerwärtiges Beispiel hierfür.

(Beifall bei der AfD)

Ein "Bastard", Frau Nietzard, hat in Mannheim sein Leben gelassen, damit auch Sie weiterhin in Sicherheit leben können.

Polizeifeindschaft hat aber nicht nur bei Frau Nietzard persönlich Methode; sie gehört bei den GRÜNEN seit den Zeiten von Straßenkämpfer und Steinewerfer Joschka Fischer geradezu zur politischen DNS.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ja, auch hier im Bayerischen Landtag sitzen die Steigbügelhalter dieser Gesinnung – mitten unter uns.

Werfen wir einen Blick zurück in das Jahr 2018: Es war die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, die ganz vorn mitmischte, als hier in München eine von Linksextremisten durchsetzte sogenannte No-PAG-Demo nicht, wie angekündigt, um 13 Uhr, sondern genau um 13:12 Uhr eröffnet wurde. 1 3 1 2 – der Zahlencode für die Abkürzung "ACAB", genau jenes Slogans "All Cops Are Bastards", mit dem Frau Nietzard heute ungeniert posiert. Die damals eingesetzten Polizeibeamten haben diese Botschaft sehr gut verstanden, und der Name der Frau Schulze ist dort heute immer noch in "guter" Erinnerung.

Ja, hinter all der görenhaften Schnatterei einer Jette Nietzard, hinter all dem heuchlerischen Menschenwürde- und Antidiskriminierungsgedöns, hinter all dem anmaßenden Gerede von "Unserer Demokratie" kommt bei den GRÜNEN immer wieder die linksextremistische Fratze von Polizeihass und Staatsverachtung verräterisch zum Vorschein.

(Beifall bei der AfD)

Rouven Laur, der Held von Mannheim, wurde nur knapp 30 Jahre alt. Er starb in Ausübung seiner Dienstpflicht. Die AfD-Fraktion erwartet, dass der Bayerische Landtag sein Vermächtnis weiterträgt und sein Andenken ehrt. Und wir möchten, dass das Hohe Haus allen linksextremistischen Bestrebungen, die Ansehen und Würde unserer Polizeibeamten besudeln, eine entschiedene Absage erteilt. Jeder in diesem Haus, der das genauso sieht, kann unserem Antrag seine Zustimmung nicht verweigern.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Holger Dremel für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn eines klarstellen: Die bayerische Polizei verdient unseren tiefsten Respekt und unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir sind dankbar, dass wir so viele gute Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Gäste und liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der CSU-Landtagsfraktion möchte ich als ehemaliger Polizeibeamter den Angehörigen des im Juni 2024 in Mannheim tödlich verletzten Kollegen unsere aufrichtige Anteilnahme aussprechen. Sein Tod, liebe Kolleginnen und Kollegen, war das Resultat eines feigen Angriffs – nicht nur auf ihn persönlich, sondern auch auf alle Frauen und Männer, die täglich für unsere Sicherheit eintreten. Wir trauern um ihn. Wir stehen an der Seite seiner Familie und all jener, die unter Einsatz ihres Lebens ihren Dienst tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Dringlichkeitsantrag der AfD ist nur eines: Er ist Ausdruck eines politischen Manövers. Er ist ein Scheinantrag. Warum? – Sie

spielen sich als Fürsprecher der Polizei auf und nehmen diesen feigen Mord zum Anlass, Ihre politischen Themen voranzubringen. Sie nutzen diese Tat aus.

(Richard Graupner (AfD): Der Landtag ist für Politik da!)

Unsere Polizei ist bestens ausgerüstet. Unsere Polizei ist bestens trainiert. Polizeiliches Einsatztraining findet statt. Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, nun fordert die AfD-Fraktion die Anschaffung von Schnittschutzschals, um die Sicherheit zu erhöhen. Ganz ehrlich: Die Polizei hat eine starke Ausrüstung. Jetzt auch noch Schnittschutzschals zu beschaffen, würde bedeuten, dass der Kollege, der schon einen Helm und eine ballistische Schutzweste trägt, noch mehr eingeschränkt und kaum mehr handlungsfähig wäre.

Ich betone: Wir trainieren unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Sie sind gut ausgerüstet, sie werden gut ausgebildet. Das ist das Ergebnis einer konsequenten Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Antrag ist ein Scheinantrag, den wir nicht brauchen. Ich habe leider nicht mehr so viel Zeit, aber unser Innenminister Joachim Herrmann, der zusammen mit dem Staatssekretär Sandro Kirchner eine hervorragende Arbeit macht, wird später noch mehr dazu ausführen. Alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben höchsten Respekt verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, erneut müssen wir hier erleben, dass die AfD Opfer einer grausamen Gewalttat für ihre Agenda

verwertet. Nach den Opfern von München trifft es heute Polizei und Blaulichtfamilie. Ich bin jedenfalls der Überzeugung, dass echte Anteilnahme und Trauer anders als ein nach Aufmerksamkeit heischender Dringlichkeitsantrag aussehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Den Einsatzkräften bei uns in Bayern und in Deutschland gilt unser ehrlicher Dank. Das gilt vor allem für die, die im Schichtdienst tags und nachts im Einsatz sind, die bei Großveranstaltungen ausrücken und die dann in der ersten Reihe stehen, wenn es wirklich brenzlich und gefährlich wird.

Neben den Worten von Dankbarkeit haben die Einsatzkräfte vor allem Taten in Form von guter politischer Arbeit verdient, wie wir sie im Übrigen im Innenausschuss ja doch immer wieder leisten, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Dremel (CSU))

Dieser Antrag der AfD-Fraktion gehört nicht zur guten politischen Arbeit. Er hat in der Sache außer Schnittschutzschals, die polizeilich geprüft und verworfen worden sind, nichts weiter für die Einsatzkräfte zu bieten.

Dabei sind es ja wir hier im Landtag, die zuständig für die Arbeitsbedingungen sind. Wir entscheiden über eine gute Ausrüstung. Wir entscheiden darüber, ob Dienststellen modern ausgestattet sind. Wir entscheiden über die Verfügbarkeit von Fortbildung und polizeilichem Einsatztraining. Wenn man Kritik zu äußern hat, dann hat man diese erst einmal an die Politik und nicht an die einzelnen Einsatzkräfte zu richten.

Ich kann Ihnen jedenfalls für mich als stellvertretendem Vorsitzenden des Innenausschusses, für unsere Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, die meine Vorgängerin im Amt des innenpolitischen Sprechers war, und für die ganze GRÜNEN-Landtagsfraktion drei Dinge versichern:

Erstens. Wir kümmern uns um gute Arbeitsbedingungen für unsere Einsatzkräfte und pflegen einen intensiven Austausch mit den Sicherheitsbehörden und auch mit den Polizeigewerkschaften.

Zweitens. Wir stehen hinter unseren Einsatzkräften hier im Land.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ich sage nur "Kennzeichnungspflicht"! – Misstrauen! Reine Sonntagsrede!)

Kritik gehört an der Politik und nicht an der einzelnen Einsatzkraft geübt.

Drittens. Dafür brauchen wir nicht die AfD, die sich ja selber immer mehr zum Fall für die Sicherheitsbehörden macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Bei der AfD haben zwei hintereinander gedrückt. Ich rufe jetzt die erste auf und gehe davon aus, dass das so gedacht ist. Das wäre vom Abgeordneten Jörg Baumann. Bitte schön.

Jörg Baumann (AfD): Herr Siekmann, zwei kurze Fragen.

Erstens. Distanzieren Sie sich von Jette Nietzard mit ihrem Pulli "All Cops are Bastards"?

Zweitens. Was halten Sie von ihrer noch getätigten Aussage, nicht jeder einzelne Polizist sei ein Schwein? – Das impliziert ja, dass andere Polizisten Schweine sind.

Darauf möchte ich von Ihnen bitte einmal eine Antwort haben. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Florian Siekmann (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Reaktion der Parteispitze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Aussagen in Berlin war mehr als deutlich und unmissverständlich.

(Zuruf von der AfD: Sie! – Andreas Winhart (AfD): Wir wollen Ihre Meinung hören!)

– Ich stehe auch zu dieser Reaktion der Parteispitze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Im Übrigen danke ich noch einmal den Polizistinnen und Polizisten im Land für ihre Arbeit, wie ich in meiner Rede bereits ausgeführt habe. Kritik gehört an der Politik geübt, Wertschätzung gebührt den Einsatzkräften.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Gegen Befugnisse beim PAG, aber schlau reden!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Brauchen wir diesen Dringlichkeitsantrag der AfD?

(Zuruf von der AfD: Ja!)

– Ich glaube nicht. Wir brauchen diesen Dringlichkeitsantrag nicht, um des am 2. Juni letzten Jahres bei einem Messerangriff in Mannheim getöteten Polizisten zu gedenken. Wir gedenken des Polizeihauptkommissars Rouven Laur, der nur 29 Jahre alt wurde, auch so. Wir brauchen den Dringlichkeitsantrag nicht, um den Angehörigen der Mitglieder der Blaulichtfamilie, die im Einsatz getötet oder verletzt wurden, unsere Anteilnahme auszusprechen. Das ist für die Mitglieder der Regierungskoalition und auch der Staatsregierung selbstverständlich. Wir brauchen diesen Dringlichkeitsantrag

nicht, um unsere uneingeschränkte Unterstützung für die bayerische Polizei zu bekräftigen. Das machen wir tagtäglich in unserer politischen Arbeit.

Wir brauchen diesen Dringlichkeitsantrag auch nicht, um staatsfeindliche und extremistische Äußerungen entschieden abzulehnen. Unsere Ablehnung bezieht sich dabei nicht nur auf linksextreme Äußerungen, wie im Antrag formuliert, sondern auf jegliche extremistischen Äußerungen, insbesondere auch auf rechtsextreme. Diesen Aspekt haben die Antragsteller wohlweislich weggelassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Der Verein "A.T.E.K. – Angehörige traumatisierter Einsatzveteranen und Einsatzkräfte" ist ein ehrenhafter Verein, der sich in vorbildlicher Weise um Menschen in Not kümmert. Beeindruckend ist für mich das Leitbild des Vereins. Ich darf auszugsweise daraus zitieren:

"Gleichzeitig verpflichten wir uns [...], Diskriminierung in jeglicher Form abzulehnen und allen Menschen offen und herzlich entgegenzutreten."

Auch aus den Grundsätzen des Vereins darf ich zum Thema "Freiheit und Demokratie" auszugsweise zitieren:

"Wir bekennen uns zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und setzen uns dafür ein, dass sie geschützt und respektiert wird. Unsere Arbeit basiert auf dem Prinzip der Meinungsfreiheit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit."

Zum Thema "Offenheit und Inklusion" sagt der Verein:

"Unser Verein steht allen Menschen offen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder sozialer Herkunft. Wir streben danach, eine vielfältige und inklusive Gemeinschaft zu fördern."

Dieser Verein verdient auch ohne den Dringlichkeitsantrag der AfD unsere Unterstützung, zumal er in seiner Ausrichtung im klaren Gegensatz zur Ausrichtung der AfD steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Eine gute Rede!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Jörg Baumann für die AfD-Fraktion vor.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Kollege Hauber, Sie haben gerade gesagt, Sie sprechen sich gegen alle extremistischen Äußerungen aus. Ich hoffe, damit meinen Sie auch die rechtsextremistischen Äußerungen aus Ihrer Partei. Schließen Sie die da mit ein? – Vielen Dank.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen. Mir sind keine extremistischen Äußerungen aus meiner Partei bekannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich für die SPD-Fraktion der Kollegin Christiane Feichtmeier das Wort. Bitte schön.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über einen mutigen Polizisten, der sich nicht nur der Pflicht verschrieben hatte, sondern auch andere schützen wollte: ein junger Mann, ein Kollege, ein Freund, ein Sohn. Der Mord an Rouven Laur hat uns alle tief erschüttert. Unsere tiefste Solidarität gilt seiner Familie und seinen Freunden.

Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen uneingeschränkte Anerkennung, bestmöglichen Schutz und volle Unterstützung. Daran lassen wir keinen Zweifel. Das Instrumentalisieren eines tragischen Ereignisses für politische Stimmungsmache ist des-

halb anmaßend, unangemessen und verachtungswürdig. Ich muss nicht erwähnen, dass ich dies entschieden ablehne. Meine Kolleginnen und Kollegen, unsere Polizei ist kein Werkzeug ideologischer Auseinandersetzungen. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir für einen Staat stehen, der zusammenführt.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Montag haben wir gemeinsam mit den baden-württembergischen Kolleginnen und Kollegen der Polizei des vor einem Jahr in Mannheim getöteten Polizeibeamten Rouven Laur gedacht. Am gleichen Tag, am letzten Montag, hat in Schirnding ein mutmaßlicher Drogenschmuggler bei einer Kontrolle durch die Bundespolizei aus heiterem Himmel das Feuer auf die Bundespolizisten eröffnet. Das sind nur zwei Beispiele für die Lebensgefahr, der unsere Polizistinnen und Polizisten, die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei sowie der Landespolizei, immer wieder nahezu täglich ausgesetzt sind.

Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sind unerträglich. Sie zeigen zugleich aber auch eine alarmierende Respektlosigkeit gegenüber unserem Rechtsstaat. Das ist in keiner Weise hinnehmbar. Unsere Polizei braucht, wie in der heutigen Plenarsitzung auch angesprochen wurde, in der Tat eine gute Bewaffnung und eine gute Ausstattung. Wir haben in den letzten Jahren viele Millionen Euro in die bessere Ausstattung und Bewaffnung der Polizistinnen und Polizisten investiert. Aber unsere Polizei braucht auch die volle Rückendeckung der Bevölkerung. Sie braucht Zuspruch, sie muss immer wieder spüren, dass sie in unser aller Namen und für unser aller Sicherheit unterwegs ist. Das müssen wir unseren Polizistinnen und Polizisten immer wieder voller Dankbarkeit deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deshalb ist es aus meiner Sicht eine Unverschämtheit, wenn in einer solchen Situation die Vorsitzende der Grünen Jugend mit einem T-Shirt herumläuft, auf dem "ACAB", also "All cops are bastards", steht. Das ist, so wird es jedenfalls von den meisten Polizistinnen und Polizisten wahrgenommen, eine Beleidigung deren Aufgabe, deren Funktion und deren Tätigkeit. Das sind die Männer und Frauen, die letztendlich jeden Tag und jede Nacht ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten und die sich dann solche dummen Sprüche gefallen lassen müssen. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Diese Polizistinnen und Polizisten schützen Versammlungen. Sie schützen viele schwache Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr. Sie sorgen dafür, dass Rechtsbrecher hinter Gitter kommen und die friedlichen Menschen weiterhin geschützt leben können. Ich kann nur feststellen, was wir aus vielen persönlichen Gesprächen, aber auch aus großen Meinungsumfragen in allen Teilen Deutschlands und ganz besonders auch bei uns in Bayern wissen: Die überwältigende Mehrheit der bayerischen Bevölkerung steht hinter unserer Polizei und ist dankbar für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Ich kann nur sagen, was Frau Nietzard von der Grünen Jugend erklärt hat, ist völlig in diskutabel. Wenn man nachverfolgt, dass sie in darauf folgenden Interviews im "Stern" und in der "Zeit" erklärt hat: "nicht jeder einzelne Polizist ist ein Schwein" – ich weiß nicht, wie sie es wirklich gemeint hat und ob das eine Relativierung sein sollte –, muss ich sagen: Das ist doch eine weitere Unverschämtheit gegenüber allen Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der AfD und der SPD)

Wir haben in diesem Parlament in den letzten Monaten wiederholt über Hass und Hetze in unserer Bevölkerung sowie über die Zunahme von Polarisierung gesprochen und gemeinsam überlegt, was wir dagegen tun können. Da war, mit Verlaub,

die Fraktion der GRÜNEN immer ganz vorne mit dabei. Wer nicht glasklar deutlich macht, dass solche Diskussionsbeiträge wie von Frau Nietzard völlig indiskutabel sind, braucht in diesem Haus nicht mehr über Hass und Hetze in anderen Teilen der Bevölkerung zu reden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Benjamin Adjei (GRÜNE): Unterirdisch! – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich bleibe deshalb dabei: Ich erwarte nach wie vor von Frau Nietzard eine klare Entschuldigung bei allen Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Es gibt unter Polizistinnen und Polizisten den einen oder anderen, der auch einmal Fehler macht, sogenannte schwarze Schafe, genauso wie bei allen Menschen, die in unserem Land leben. Das ist gar keine Frage. Unser Rechtsstaat geht dem nach. Aber es gibt deswegen keinen Anlass, insgesamt so über unsere Polizei, über die Kolleginnen und Kollegen zu reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich deshalb an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich bei allen unseren Polizistinnen und Polizisten von Bund und Ländern für ihren engagierten Einsatz, nicht nur für unsere Sicherheit, sondern auch für diese Demokratie, für diesen Rechtsstaat. Ich bitte Sie, trotz solcher Schmähungen bei diesem Einsatz nicht nachzulassen. Wir brauchen Sie weiterhin. Wir werden in diesem Haus weiterhin gemeinsam alles dafür tun, unsere Polizei vor derartigen verächtlichen und hasserfüllten Tiraden in Schutz zu nehmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Benjamin Adjei (GRÜNE): Applaus von der AfD!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/6926 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.